Weniger Erwerbsarbeit ist mehr : kurze Vollzeit, die ganze Arbeit und eine materielle Basis

Autor(en): **Segbers, Franz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **29 (2009)**

Heft 56

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651897

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Franz Segbers

Weniger Erwerbsarbeit ist mehr

Kurze Vollzeit, die ganze Arbeit und eine materielle Basis

Er ist ein seltsamer Heiliger, der neuerdings in Prozessionen durch die Straßen geführt wird. Sein Namenstag wurde auf den 29. Februar gelegt, ein Tag, der irgendwie kurios ist. Den römischen Glaubensbehörden ist der Heilige nicht bekannt. Sie führen ihn nicht in ihrem Heiligenkalender. Die Menschen haben ihn heiliggesprochen. Sie flehen ihn um Fürsprache an, denn die Verhältnisse schreien zum Himmel. Sie, das sind die Prekarier aller Länder. Sie rufen ihn an, den St. Prekarius, den Heiligen der Zeitarbeiter, der prekär Beschäftigten, der Praktikanten und Praktikantinnen, die ohne Entgelt arbeiten müssen, der Mini- und 1-Euro-Jobber, der Leiharbeiter und Scheinselbständigen. Die Kollegen bei McDonald und die Freelancer haben ihn zum Schutzpatron genauso erhoben wie die Sicherheitsdienste, Pflegedienste, die illegal Beschäftigten aus den armen Ländern des Ostens. Sie alle flehen zu St. Prekarius. (http://precarios.wordpress.com/)

Wenn es eine Arbeit gibt, die Konjunktur hat und wächst, dann ist es prekäre Beschäftigung. Diese Form von Arbeit ist aber kein Naturereignis, sondern politisch gewollt und gemacht. War es nämlich bis in die siebziger Jahre Ziel der Politik, unsichere und prekäre Beschäftigungsverhältnisse zurückzudrängen, so ist es heute das ausdrückliche politische Ziel, prekäre und sozial entsicherte Arbeitsbedingungen zu fördern. Propagandistisch wird diese Politik seitens der CDU wie der SPD mit dem Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft" legitimiert. Wie sehr die Arbeitgeber die ideologische und kulturelle Hegemonie haben erringen können, drückt sich in der Arbeitszeitentwicklung aus. 2008 ist sie wieder dort angekommen, wo sie 1982 war. Trotz langandauernder Massenarbeitslosigkeit konnten die Arbeitgeber alle Arbeitszeiterfolge wieder rückgängig machen. Im internationalen Vergleich bewegt sich die Arbeitszeit in Deutschland beim Durchschnittswert der 25 EU-Länder von 41.9 Stunden (Seifert 2007).

Auf diesem Hintergrund kommen geradezu nostalgische Gefühle auf, wenn ich meinen alten abgegriffenen Flaschenöffner in die Hand nehme, der mich nunmehr schon seit vielen Jahren begleitet. Er trägt den schönen Aufdruck: „35 Stunden-Woche" – zu sehen auch eine aufgehende Sonne mit Strahlen. Der erinnerungsschwere Flaschenöffner stammt noch aus der guten alten Zeit der IG Metall-Kampagne für die 35-Stunden-Woche von Anfang der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts. Er erinnert an die großen gesellschaftlichen Debatten einer dreifachen Umverteilung, die zusammengehören und nicht voneinander gelöst werden dürfen: Umverteilung der (Erwerbs-) Arbeit, damit alle Anteil daran haben; gerechte Umverteilung der Erwerbsarbeit auf die Geschlechter und schließlich die Umverteilung des Sozialproduktes für eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich.

Er erinnert aber auch daran, dass Arbeitszeit und Arbeit immer schon umkämpft waren, denn der Zugriff der Arbeitgeber oder der Kapitallogik auf den Menschen und seine Lebenszeit ist und bleibt ein zentrales gesellschaftliches Kampffeld.

Verschärfung der Bedingungen der Arbeitsgesellschaft

Seit der Mitte der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts hat sich eine massive Arbeitslosigkeit aufgebaut. Auch wenn die Arbeitslosenzahlen in Zeiten des Konjunkturaufschwungs jeweils leicht sanken, konnte der säkulare Trend einer Steigerung der Arbeitslosigkeit nicht aufgehalten werden. Dies erscheint widersprüchlich, denn einerseits steigt die Erwerbslosenquote kontinuierlich (Strengmann-Kuhn 2008). Andererseits aber steigt auch die Erwerbstätigenzahl zu einer bislang nicht gekannten Höhe an. Wie kann es sein, dass sowohl die Zahl der Arbeitslosen als auch die der Erwerbstätigen ansteigt? Ursache ist, dass es noch eine dritte Gruppe gibt, nämlich die Nichterwerbspersonen. Die Zahl der erwerbstätigen Personen ist zwar gestiegen, die Anzahl der Arbeitsstunden sinkt allerdings. Heute gibt es mehr abhängig Beschäftigte als in den Zeiten der Vollbeschäftigung in den 60er Jahren. Und trotzdem sind die Arbeitslosenzahlen deutlich höher. Gleichzeitig sinkt aber auch die Zahl der Arbeitsstunden, sowohl insgesamt als auch pro erwerbstätige Person.

Dank effizienterer Technik, höherer Qualifikationen und gesteigerter Arbeitsintensität wurde in immer weniger Arbeitszeit immer mehr Güter hergestellt. Die Arbeitsproduktivität stieg zwischen 1970 und 2005 auf das 2.5-fache, das Bruttoinlandsprodukt wurde mehr als verdoppelt. Dabei sank die Zahl der benötigten Arbeitszeit um 86 Prozent des Wertes von 1970. Es gab also eine Verdopplung der ökonomischen Wertschöpfung mit deutlich weniger Arbeitszeit. Der Sozialphilosoph Ralf Dahrendorf hatte auf diesem Hintergrund Anfang der 80er Jahre vom „Ende der Arbeit" gesprochen. Seine These lautete: „Der Arbeitsgesellschaft geht nicht nur die Arbeit aus, sondern ihr muss die Arbeit ausgehen." (Dahrendorf 1982, 31) Erwerbsarbeit zu ersetzen erscheint in dieser Hinsicht nicht als Defizit des Systems, sondern als unvermeidliche Begleiterscheinung. Die Arbeitslosigkeit ist eine Form der Entwicklung selber. Die Arbeitsproduktivität stieg zwischen 1970 und 2005 auf das 2.5-fache und das Bruttoinlandsprodukt hat sich mehr als verdoppelt. Die Arbeitslosigkeit ist deshalb nicht ein Zustand, der gegenwärtig besteht und in Zukunft sich beenden lässt, wenn man denn nur die richtige Politik verfolgte.

In den neunziger Jahren haben der *Club of Rome* (Giarini / Liedtke 1998) und die *Bayerisch-Sächsische Zukunftskommission* für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen mit ihrer mehrteiligen Veröffentlichung *„Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen"* (Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten

Bayern und Sachsen 1996; 1997a; 1997b) Zukunftsszenarien entwickelt, die einen Ausweg aus der Arbeitslosigkeit darin gesehen haben, Arbeit zur Bürgerpflicht zu erklären und unbezahlte Tätigkeiten in Form von sogenannter Bürgerarbeit für das Gemeinwohl einzuführen. Erwerbsarbeit verändert seine Funktion für die Gesellschaft. Das Recht auf Arbeit wird in eine Pflicht zur Arbeit umgeformt und mutiert zu einem Instrument sozialer Kontrolle und gesellschaftlicher Integration. „Darum ist eine Politik so zerstörerisch für die Freiheit, die darauf besteht, dass Arbeitslose keine Unterstützung bekommen sollen, wenn sie nicht aktiv Arbeit suchen, und mehr noch, dass Behinderte oder junge Mütter keine staatlichen Hilfen beanspruchen dürfen, wenn sie nicht arbeiten." (Dahrendorf 2003, 74) Der Soziologe hatte frühzeitig gewarnt: „Es ist daher nötig, im Sinne zu behalten, dass der Arbeitsgesellschaft zwar die Arbeit ausgeht, ihre Herren aber alles tun, um die Arbeit wieder zurückzuholen und den Weg zu einer Gesellschaft der Tätigkeit zu verbauen." (Dahrendorf 1982, 37) Die gegenwärtig von den „Herren der Arbeit" forcierte Verschärfung der Bedingungen der Arbeitsgesellschaft ist in Zeiten von Hartz IV und Ein-Euro-Jobs bittere Realität geworden.

Die Situation könnte zwiespältiger nicht sein. Obwohl Erwerbsarbeit im bisherigen Umfang objektiv immer überflüssiger wird, wird sie verallgemeinert, verschärft, prekarisiert und ist dabei immer weniger in der Lage, die Existenz aller Beschäftigten zu sichern. Der Beschäftigungsstand erreicht zwar Höchstwerte, doch um den Preis prekärer Arbeit. Eine solche Arbeit versagt darin, Quelle sozialer Sicherheit zu werden; sie wird zu einem Ort, der Unsicherheit produziert (vgl. Dörre 2005).

Vom Niedergang des Normalarbeitsverhältnisses

Solange eine sozialregulierte Marktwirtschaft das prägende Modell war, ist auch das Sozialmodell unbefristeter, in Vollzeit ausgeübter und tariflich entlohnter Erwerbsarbeit – wenigstens für Männer – vorherrschend gewesen. Dieses Normalarbeitsverhältnis wird seither politisch bewusst entregelt und abgebaut. Die soziale Unsicherheit nimmt zu, Erwerbsarbeit wird entsichert und prekärer und dabei immer ungleicher zwischen den Geschlechtern verteilt. Dieser Trend ist Ausdruck einer vierseitigen Beschädigung von Erwerbsarbeit:

a) Beschädigung der Erwerbsarbeit durch Vermarktungsdruck
Bereits 1982 hatte das berühmte Lambsdorff-Tietmeyer-Papier, das den Bruch der sozialliberalen Koalition einleitete, eine Agenda beschrieben, die in den nächsten Jahrzehnten Zug um Zug durchgesetzt werden sollte und schließlich unter SPD-Kanzler Schröder in der Agenda 2010 zum Regierungsprogramm wurde. In der rot-grünen Agenda-Koalition wurden zahlreiche Schranken gegen eine Vermarktung der Arbeit abgeräumt: Lockerung des Kündigungsschutzes, Flexibilisierung der Tarifverträge,

Absenkung der Löhne im unteren Bereich, Kappung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Und bereits 1986 hatte der Ökonom Wolfram Engels im Magazin „Wirtschaftswoche" die Richtung angegeben. Sein Kommentar illustriert in populär-journalistischer Sprache den Stellenwert von Arbeit im neoliberalen Wirtschaftsverständnis: „In einer Marktwirtschaft gelten für Arbeit dieselben Gesetzmäßigkeiten wie für Waren. Arbeit wird nur gekauft, wenn ihr Wert für den Unternehmer höher ist als ihr Preis. Ideologen wie Gewerkschafter sehen darin eine Entwürdigung des Menschen. Der Mensch, so sagen sie, sei keine Ware; für Menschen dürfe nicht gelten, was für Blumentöpfe, Apfelsinen oder Aluminiumschrott gilt. Gegen Naturgesetze gibt es solchen Widerspruch nicht. Wenn ein Mensch aus dem Fenster springt, dann fällt er mit einer Beschleunigung von 9.81 m/sec2 und damit genauso schnell wie ein Blumentopf - ohne dass die evangelische Soziallehre das je als entwürdigend angeprangert hätte." (Engels 1986, 144) Vom Standpunkt der ökonomischen Rationalität interessiert an Arbeit nur der Marktpreis. Es findet eine Re-Dekomodifizierung der Ware Arbeit statt. Arbeitsrechtlichen Restriktionen werden abgebaut, die einer Vermarktlichung der Erwerbsarbeit im Wege stehen könnten.

Die Prekarisierung des Arbeit ist Resultat einer Politik der Enteignung. Sechsmal in Folge war Deutschland Exportweltmeister; ungefähr zehn Prozent aller Güter, die weltweit produziert und gehandelt werden, sind „Made in Germany". Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben hierzulande durch Lohnverzicht und sinkende Einkommen die Wettbewerbsfähigkeit „bezahlt". Sie haben einen immer geringeren Anteil am Sozialprodukt. Die Lohnquote ist von 72 Prozent (2000) auf 62.7 Prozent (2008) gesunken. Die Senkung der Lohnkosten, die tiefen Einschnitte ins Sozialsystem sind Ausdruck für den gigantischen Umverteilungsprozess auf die Seite der Kapitaleigner. Statt die Rationalisierungsgewinne und die Produktivitätsfortschritte in mehr Zeitwohlstand, Gute Arbeit oder auch in Lohnzuwächse umzuformen, verfolgte das neoliberale Regime eine Politik der Enteignung der Arbeitnehmer und ihrer sozialen Rechten zugunsten der Vermögensbesitzern.

b) Beschädigung der Erwerbsarbeit durch Privatisierungsdruck

Privatisierung wurde zu einem Versprechen, öffentliche Dienstleistungen und Güter kostengünstiger, leistungsfähiger und bürgernäher anbieten zu können. Die Kostensenkungen mussten von den Busfahrern, die zu Armutslöhnen im ÖPNV fahren, oder den Bürger erbracht werden, die erleben mussten, dass Postämtern geschlossen und in Kiosken untergebracht wurden. Die propagierte Kostensenkung wurde durch Überwälzung auf die Beschäftigten erzwungen, deren Arbeit verdichtet, der Lohn gesenkt und die Arbeitszeit verlängert wurden. Privatisierung war im Kern eine Enteignungspolitik sozialer Rechte der Beschäftigten, ist aber auch ein Instrument zur Erschließung neuer Anlagemöglichkeiten für überschüs-

siges Kapital. Die Beschäftigten und die Bürger hatten den Preis für die versprochenen kostengünstigeren, leistungsfähigeren und bürgernäheren Dienstleistungen durch den Abbau soziale Rechte, sozialgesicherte Beschäftigung und demokratischer Entscheidungsstrukturen zu zahlen. (Weizsäcker / Young / Finger 2006)

c) Beschädigung der Erwerbsarbeit durch den Druck des Finanzmarktkapitalismus

Der frühere Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Rolf Breuer, hatte behauptet, die Finanzmärkte seien die „fünfte Gewalt" in der Demokratie. Allein richtig und wohlstandsfördernd sei es, die Demokratie den Interessen der Kapitalverwertung unterzuordnen: „Gemäß der Logik der Marktwirtschaft führen die individuellen Aktionen einzelner Kapitalanbieter und -nachfrager dabei im Ergebnis zu einer Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Wohlfahrt. ... Offene Finanzmärkte erinnern Politiker allerdings vielleicht etwas häufiger und bisweilen etwas deutlicher an diese Zielsetzung (i.e. Wohlstand und Wachstum, F.S.), als die Wähler dies vermögen ... Vielmehr müssen sich die Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten." (Breuer 2000, 21ff.) Die millionenfachen Entscheidungen der Kapitalanleger würden die nationalen Regierungen besser kontrollieren, damit diese eine vernünftige Politik machen, als vierjährige Parlamentswahlen dazu in der Lage wären. Der frühere Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer verstärkte die gleiche Politik, wenn er sagte: „Die meisten Politiker sind sich immer noch nicht darüber im klaren, wie sehr sie bereits heute unter der Kontrolle der Finanzmärkte stehen und sogar von diesen beherrscht werden." (FAZ 3.2.1996) Da die Regierungen gar nicht mehr stark genug oder willens sind, sich dem Druck der international operierenden Mächte zu widersetzen, verfolgen sie eine Politik der Anpassung. Die demokratisch gewählten Regierungen beugen sich dem Druck und betreiben Politik als Anpassung an die Übermacht der Märkte.

d) Beschädigung der Erwerbsarbeit durch Spaltung zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen

Die Lohnarbeitsgesellschaft spaltet sich nach Untersuchungen des französischen Soziologen Robert Castel (2005, auch Dörre 2005) in drei große Zonen. Oberhalb einer Zone der Entkopplung gibt es eine Zone der Prekarität und darüber eine Zone der Integration mit formal gesicherten Normalarbeitsverhältnissen. Zur Zone der Integration gehören die geschützten Normalarbeitsverhältnisse und in der Zone der Entkopplung finden sich Gruppen, die dauerhaft von regulärer Erwerbsarbeit ausgeschlossen sind. Dazwischen expandiert eine Zone der Prekarität, die eine Bündelung verschiedenster Beschäftigungsverhältnisse darstellt. Dazu zählen Zeit- und Leiharbeiter, abhängige Selbständige, Ich-AGs, Mini- und Gelegenheitsjobber und Ein-Euro-Jobber.

Prekarität bedeutet vor allem, dass die eigene Lebenslage nicht mehr planbar und beherrschbar erscheint. Was Arbeit ist, bezeichnet in der Zone der Prekarität etwas grundsätzlich anderes als in der Zone der Integrierten: Sie sichert nicht einmal mehr den Lebensunterhalt und damit nicht die Grundfunktion von Arbeit. Vollbeschäftigung definieren die Ökonomen als den Zustand, wenn Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage ausgeglichen sind. Wirtschaftspolitisch wurde die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahrzehnten bekämpft durch zwei verschiedene Grundstrategien: Erhöhung der Nachfrage nach Arbeit oder durch Erhöhung der Nachfrage nach Gütern. Gemeinsam ist beiden Strategien, dass sie darauf abzielen, das Arbeitsvolumen zu erhöhen, um Arbeitslosigkeit zu senken und dadurch Vollbeschäftigung zu erreichen. Doch obzwar der Anteil der Erwerbstätigen so hoch wie nie zuvor ist, lässt sich die Arbeitslosenzahl nicht nachhaltig reduzieren. Die Arbeitsgesellschaft wird ihr Gespenst der Arbeitslosigkeit nicht los. Sie vermag nicht Arbeit und existenzsichernde Beschäftigung für alle herzustellen. Deshalb bleibt nur ein dritter Weg, das Arbeitsangebot zu reduzieren.

Kurze Vollzeit für alle

Von Wachstum und Prekarisierung der Arbeit eine Überwindung der Erwerbslosgikeit zu erwarten, ist eine Illusion, die sozial wie auch ökologisch unerträglich ist. Die reale Alternative besteht deshalb darin, Erwerbsarbeit fair auf möglich viele Erwerbsarbeit suchende Menschen zu verteilen. Dann erst können die Beschäftigungs- und Einkommenschancen für viele derzeit arbeitslose Menschen realistisch steigen und deren Recht auf Erwerbsarbeit realisiert werden. Die Studie *„Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt"* zeigt in einem Gedankenexperiment auf: Dank der gestiegenen Arbeitsproduktivität und Erwerbsbeteiligung wäre bei einer Gleichverteilung der Arbeit die durchschnittliche Jahresarbeitszeit von 1'943 Arbeitsstunden (1970) auf 1'300 Arbeitsstunden (2000) gesunken. 2005 wäre bei der angenommenen Arbeitsumverteilung sogar nur noch 1'250 Jahresarbeitsstunden pro Kopf notwendig gewesen – etwa drei Viertel der gegenwärtig als normal angesehen Vollzeitbelastung von Beschäftigten. Ohne dass der Umfang der Güterproduktion und der Dienstleistungen eingeschränkt würden, müsste jeder Erwerbstätige heute nur noch etwa 30 Stunden in der Woche Erwerbsarbeit leisten (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Brot für die Welt 2008, 432). Die Leitidee der Normalität und der Vollbeschäftigung kann sich nicht mehr an der Vierzig-Stunden-Woche orientieren, sondern muss den Sinn des Produktivitätsfortschritts aufgreifen. Die Dreißig-Stunden-Woche wird dann zu einer neuen Norm, die sich ökonomisch, produktivitätsorientiert, kulturell und gesellschaftlich als kurze Vollzeit für alle definieren lässt.

Das Leitbild einer „30-Stunden-Woche" versteht sich als Projekt, das Volumen an Erwerbsarbeit und Arbeitseinkommen gerecht zu verteilen und ein Orientierungsmaß zu benennen. Daraus lassen sich konkrete Strategien der Umverteilung von Arbeit ableiten , lässt sich Freiheit von Erwerbsarbeit denken. Diese Freiheit bietet einen Freiraum für die zeitsouveräne Gestaltung der Lebensphasen und für den Respekt individueller Zeitwünsche, aber auch Zeiterfordernisse, wenn Kinder betreut, Alte gepflegt und versorgt werden wollen. Biografische und Lebenslauferfordernisse sollen den Rhythmus von Erwerbsarbeit prägen. Dieser Respekt mag auf Anhieb zwar utopisch erscheinen, er ist aber bereits angelegt, wenn Elternzeit, Freistellung für politische Ämter, Bildungsurlaub oder Pflegefreistellung Beachtung finden.

Die „ganze Arbeit" und zwar für alle: Erwerbsarbeit, Sorgearbeit und Tätigsein für eine humane Welt

Max Weber nannte das „*summum bonum*" der Arbeitsethik im Kapitalismus den „Erwerb von Geld und immer mehr Geld ... so rein als Selbstzweck gedacht." (Weber 1922, 35) Andere Formen von Tätigkeiten, welche die Gesellschaft und das Zusammenleben der Menschen benötigt wie Tätigkeit für das Gemeinwesen, soziale, kulturelle und politische Arbeit, werden im Kapitalismus abgewertet oder ignoriert. In einem neuen Gesellschaftsvertrag müssten die vielfältigen Formen von Arbeit und Handeln wie auch die verschiedenen Arten des Einkommens neu einander zugeordnet werden. Wolfgang Belitz hat in einem griffigen *4-3-2-1- Modell* diese Zuordnung auf eine Formel gebracht, die Formen von Arbeit und Einkommen mit Gendergerechtigkeit und globale Gerechtigkeit zusammenhalten lässt (Belitz 2006, 316f.; Segbers 2009, auch ähnlich Haug, 2008, 13-24; Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Brot für die Welt 2008,442ff.) und folgendermaßen lautet:

Vier Formen der Arbeit:
Erwerbsarbeit, Eigenarbeit, Sorgearbeit, Gesellschaftsarbeit
Drei Arten von Einkommen:
Erwerbseinkommen, Transfereinkommen, Kapitaleinkommen
Für zwei Geschlechter:
Frauen, Männer
In der Einen Welt.

Die kapitalistische Verengung der Arbeit auf Erwerbsarbeit und die Abwertung anderer nicht rentierlicher Arbeit können nur durch einen neuen Gesellschaftsvertrag überwunden werden, der die „ganze Arbeit für alle" (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Brot für die Welt 2008, 442) neu in Wert setzt. Diese Verallgemeinerung der Arbeit erfordert, den

Arbeitsbegriffs auszuweiten, die Arbeitszeit zu verkürzen und eine grundlegende Veränderung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Dabei macht die Verknüpfung der Bereiche, die Männern wie Frauen gleichberechtigten Anteil an der „ganzen Arbeit" geben, den arbeitspolitischen Kern aus. Ein neuer Gesellschaftsvertrag „jenseits der Traditionsalternative von Staat, Markt und Familie" (Kurz-Scherf 2009, 40) kann die vier Formen von Arbeit, die drei Formen von Einkommen für die beiden Geschlechter in der Einen Welt neu ausgestalten und kombinieren.

Kehrseite der Verallgemeinerung ist die Abkehr von der alleinigen Zuweisung der vollen Erwerbsarbeit vornehmlich an die Männer und der Sorgearbeit vornehmlich an die Frauen. Dadurch wird eine Gegenstrategie zu der säkularen Tendenz gewiesen, die allgemeine Arbeitszeitverkürzung nur noch in Form von zunehmender Teilzeitarbeit für Frauen sowie in Form der Zunahme prekärer Beschäftigung für Frauen kennt. Noch immer ist der Anteil unbezahlter Arbeit, nämlich der Sorgearbeit, bei Frauen erheblich größer als bei Männern. Ein jeder, eine jede wird frei für die Sorgearbeit in Familien und der Nachbarschaft, für ein zivilgesellschaftliches Engagement, und ein jeder, eine jede kann nach Belieben, zum eigenen Nutzen und dem der Gesellschaft, über Zeit und Ressourcen verfügen – und ist dabei materiell abgesichert. „So wie niemand aus der Erwerbsarbeit ausgeschlossen sein kann, so auch nicht aus der Reproduktionsarbeit – alle Menschen, Männer, wie Frauen, können und sollen hier ihre sozialen menschlichen Fähigkeiten entwickeln." (Haug 2008, 21f.)

Wenn Frauen gleichberechtigt am Erwerbsarbeit teilhaben wollen und Männer sich auch entsprechend an der Sorgearbeit, also an Pflege und Betreuung von Kindern und Angehörigen beteiligen sollen und können, ist eine Arbeitszeitverkürzung als Befreiung von überlanger Erwerbsarbeit und Befreiung zu gleichberechtigter Sorgearbeit und zivilgesellschaftlichem Engagement von zentraler Bedeutung. Dabei ist ins Kalkül zu ziehen, dass die Konfliktlinie keineswegs zwischen abhängig Beschäftigten einerseits und Kapitalbesitzern anderseits verläuft. Die Verteilung der Arbeit ist auch ein Konflikt zwischen den Geschlechtern. Die Zentralität der Erwerbsarbeit nennt Ingrid Kurz-Scherf deshalb zurecht „eine der wichtigsten Stützen der Vormachtstellung von Männern gegenüber Frauen." (Kurz-Scherf 2009, 39)

Die doppelte Aufgabe, zum einen die kapitalistische Verengung des Arbeitsbegriffs aufzubrechen, die immer schon ausschliesslich die für den Akkumulationsprozess rentierliche Arbeit wertschätzt, und zum anderen unbezahlte Tätigkeiten aufzuwerten, kann nur gelingen, wenn Umverteilung des Sozialproduktes und eine materielle Existenzsicherung immer zugleich auch thematisiert werden. Wer sich in den Bereichen der „ganzen Arbeit" betätigen will, der muss über ein ausreichendes Einkommen verfügen. Selbstbestimmtes Leben und das Recht auf die „ganze Arbeit" braucht eine materielle Basissicherung. Deshalb vermag auch ein Grund-

einkommen, *„das von einem politischen Gemeinwesen an alle seine Mitglieder ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Gegenleistung individuell ausgezahlt wird"* (Vanderborght / van Parijs 2005, 14, kursiv im Original), letztendlich einer auch gendergerechten Inwertsetzung aller Arbeiten genau jene materielle Basis geben, die unabdingbar ist (Segbers 2009). Ein Grundeinkommen vermag dabei der Ausweitung profitkapitalistischer Verhältnisse auf bislang außerökonomische Sektoren insbesondere der Sorgearbeit entgegenwirken. Und so zeigt sich, dass zur Ausweitung des Arbeitsbegriffs die Entmarktlichung der Arbeit und Eingrenzung der Ökonomisierungstendenzen der Arbeit zusammengehören.

Die Aufwertung der „ganzen Arbeit für alle" erfordert eine Arbeitszeitverkürzung im Sinne einer „kurzen Vollzeit für alle" und kann ein Kompass für die Bestimmung von Nahzielen in der Politik und Maßstab für die politischen Forderungen sein. (Haug 2008, 23) Anders sind Chancen für einen neuen Gesellschaftsvertrag von Tätigkeiten jenseits der abgrenzenden Traditionslinien von Markt, Staat und Familien nicht möglich. Eine gerechte Verteilung der ganzen Arbeit auf alle, auf Männer und Frauen, überwindet mehrseitige Spaltungen: die von Erwerbstätigen und Arbeitslosen, Männern und Frauen, der kapitalrentierlichen Arbeit und der gesellschaftlich wichtigen Arbeit.

Literatur

Bauman, Zygmunt, 2005: Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. (Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung) Bonn

Belitz, Wolfgang, 2006: Arbeit unser täglich Brot. Sozialethische Texte zu Arbeit und Wirtschaft. Bochum

Breuer, Rolf, 2001: Die fünfte Gewalt. Die Zeit, Nr. 18, 21ff.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Brot für die Welt, 2008: Zukunftsfähiges Deutschland. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Frankfurt / M.

Candeias, Mario / Rilling, Rainer / Weise, Katarina, 2008: Krise der Privatisierung – Rückkehr des Öffentlichen. WSI-Mittleilungen 10, 563-569

Castel, Robert, 2005: Die Stärkung des Sozialen. Hamburg

Dahrendorf, Ralf, 1982: Wenn der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht. In: Joachim Matthes (Hg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Verhandlungen des 21. Deutschen Soziologentages in Bamberg, Frankfurt a. M. / New York

Dahrendorf, Ralf, 2003: Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. München

Dörre, Klaus, 2005: Entsicherte Arbeitsgesellschaft. Politik der Entprekarisierung. Widerspruch Heft 49, Zürich

Duisburg-Essen, 2008: Duisburg-Essen, Pressemitteilung. In: http://www.uni-duisburg-essen.de/de/presse/meldung.php?id=1154

Engels, Wolfram, 1986: Stoppsignal. Die Wirtschaftswoche Nr. 18 vom 25.4, 144

Giarini, Orio / Liedtke, Patrick, 1989: Wie wir arbeiten werden. Bericht an den Club of Rome. Hamburg

Haug, Frigga, 2008: Die Vier-in einem-Perspektive. Politik von Frauen für eine neue Linke. Hamburg, 13-24

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1996.

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1997a: Ursachen steigender Arbeitslosigkeit in Deutschland und anderen frühindustrialisierten Ländern, Teil II, Bonn, 2. Aufl.

Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, 1997b: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen, Teil III. Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage, Bonn

Kurz-Scherf, Ingrid, 2009: Monopoly-Kapitalismus. Reservat der Männlichkeit. Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5, 36-40

Segbers, Franz, 2009: Bürgerrechte, soziale Rechte und Autonomie. Weiterentwicklung des Sozialstaates durch ein Grundeinkommen. In: Wolfgang Nethöfel / Peter Dabrock / Siegfried Keil (Hg.): Verantwortungsethik als Theologie des Wirklichen, Göttingen

Segbers, Franz, 2005: Arbeit unter Zwang. Die Zukunft personnaher Arbeit. Widerspruch Heft 49, Zürich

Seifert, Hartmut, 2007: Arbeitszeit. Entwicklungen und Konflikte. Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 4-5

Spindler, Helga, 2008: Arbeiten für die Grundsicherung. Soziale Sicherung (57 Jg.) 11 , 354-372

Statistisches Bundesamt, 2004: Alltag in Deutschland. Analysen zur Zeitverwendung. Beiträge zur Ergebniskonferenz der Zeitbudgeterhebung 2001 / 2002. Band 43, Wiesbaden

Strengmann-Kuhn, Wolfgang, 2009: Vollbeschäftigung und Grundeinkommen. http://www.ethik-und-hesellschaft.de/texte/EuG-2-2008_Strengmann-Kuhn.pdf (Zugriff am 25.04.2009).

Vanderborght, Yannick / van Parijs, Philippe 2005: Ein Grundeinkommen für alle? Frankfurt /M.

Weber, Max, 1922: Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. 2. Aufl. Tübingen

Weizsäcker, Ernst Ulrich / Young, O. / Finger, M. (Hg.), 2006: Grenzen der Privatisierung. Stuttgart

analysen. fakten. argumente.

isw *institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.*



Untersucht wird der "global synchrone Abschwung" als die allgemeine Strukturkrise des modernen Kapitalismus. Was taugen die Sanierungsprogramme, die von den neoliberalen Eliten weltweit in Gang gesetzt werden? Welche Potenzen, welche Alternativen hat der Kapitalismus noch? Wie weit reichen die Konzepte, die einen "besseren" Kapitalismus wollen? Eine wirkliche Lösung liegt jenseits des kapitalistischen Systems. Wir bieten Vorschläge an, wie wir dort hingelangen.

isw-report 76 April 2009 / 56 Seiten / 4,00 Euro zzgl. Versand

FINANZKAPITAL "Entwaffnet die Märkte"
isw-report 75 Sept. 2008 / 56 Seiten / 4,00 Euro zzgl. Versand

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.
Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, fon 089-130041,
fax 168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

alle lieferbaren isw-Publikationen + weitere Infos **www.isw-muenchen.de**